



EUROPAS OHNMACHT

WINFRIED BÖTTCHER

Ein Nato-Staat wie die Türkei fällt militärisch in den Staat Syrien ein und verletzt damit das Völkerrecht. Dies trifft auch dann zu, wenn der Präsident der Türkei vorgibt, die Invasion diene dem Ziel, Terroristen im Norden Syriens bekämpfen zu wollen. Diesem militärischen Überfall dann den Ausdruck "Friedensquelle" zu verleihen, grenzt an perverses Denken.

Die Kurden, die dieses Gebiet in autonomer Verwaltung haben, sind Ziel des Angriffes. Sie waren lange in dieser Hochburg des sogenannten "Islamischen Staates" die "nützlichen Idioten", die dem Westen, insbesondere den US-Amerikanern geholfen haben, die tödliche Gefahr, die uns bedrohte, zu besiegen.

Der US-Präsident hat in seiner unendlichen Weisheit entschieden, die Kurden, seine vormaligen Verbündeten, dem Machtspiel eines Erdogan auszuliefern. Er zog seine Truppen zurück und machte so den Weg für die türkische Invasion frei. Nachdem die Kritik für sein amoralisches Handeln, auch aus dem republikanischen Lager immer lauter wurde, fand er starke Worte bis hin zur Zerstörung der türkischen Wirtschaft. Seinen Worten ließ er ein paar wachsweiße Sanktionsankündigungen als Beruhigungspille für den Kongress folgen.

Zwischenzeitlich geht das Morden, die Vertreibung, ja, wahrscheinlich die ethnische Säuberung in den von Kurden verwalteten Gebieten weiter. Tausende verlieren ihr Zuhause, befinden sich auf der Flucht. Das menschliche Leid der Zivilbevölkerung wird dem Machtkalkül eines sich selbst überschätzenden Herrschers geopfert. Wie immer in Kriegen bleibt Menschlichkeit und Moral auf Kosten von Gewalt und Macht auf der Strecke.

Die geostrategische Lage

Nachdem die USA sich zurückgezogen haben, die Europäer eh keine Rolle spielen, entsteht ein Machtvakuum in dieser nach wie vor hochexplosiven Region.



Mit klammheimlicher Freude füllt Russland dieses Vakuum aus. Wie Präsident Putin, ausgerechnet bei einem Besuch in Saudi-Arabien formulierte, will Russland die Probleme der Region "geostrategisch koordinieren". Welche Rolle die Türkei in diesen Überlegungen einnimmt, ist noch nicht klar. Klar ist die Schwächung des Westens und die Stärkung Russlands. In Zukunft wird im Nahen Osten ohne Russland kein Problem mehr zu lösen sein.

Wo bleibt Europa?

Europa hat im Umfeld des Konflikts im Nahen Osten, der spätestens seit 1966 immer wieder und immer woanders aufflammte, alles politisch falsch gemacht, was man nur falsch machen konnte.

Es hat sich vorbehaltlos - insbesondere gilt dies für Deutschland - hinter die Politik Israels gestellt. Obwohl Israel seit 1966 keine UNO-Resolution befolgt hat, wagte man nicht, Israel dafür zu verurteilen. Von deutscher Seite wurde die Kritiklosigkeit gegenüber Israel mit seiner besonderen Verantwortung begründet. Ja, es gibt diese Verantwortung, ob der menschenverachtenden Verbrechen, die im Namen Deutschlands am jüdischen Volk begangen wurden. Dies erzeugt zu Recht für meine Generation und für viele nachfolgende eine tiefe Kollektivscham. Allerdings kann den Deutschen keine Kollektivschuld suggeriert werden. Schuld ist immer individuell. So hat auch berechtigte Kritik an Israel wegen Verletzung von Menschenrechten nichts mit Antisemitismus zu tun.

Die fehlende Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist eine der Hauptursachen für die heutige Lage im Nahen Osten. Gemeinsam mit den USA könnte Europa zur Lösung dieses Konflikts beitragen, wenn die Palästinenser auf Augenhöhe einbezogen würden. Nach meiner Auffassung liegt die Konfliktlösung nicht in der Verfolgung zweier Staaten, sondern in einer Konföderation zwischen Israel und Palästina.

Eine weitere Ursache des Nahost-Chaos liegt in dem Überfall der "Koalition der Willigen" unter Führung der USA auf den Irak. Deutschland hat es damals richtig gemacht, als es gemeinsam mit Frankreich an dem Irak-Abenteuer sich nicht beteiligt hat. Auch die libysche Tragödie geht auf das Konto des Westens.



Im Syrienkonflikt hat Europa seine Interessen nicht gewahrt und sich weitgehend zurückgehalten. Gut war es, weil es sich damit nicht direkt an dem Leid der Menschen beteiligt hat. Schlecht war es, weil es auch kein Leid verhindert hat. Allerdings hat sich Europa erpressbar gemacht, weil es sich nicht einigen konnte, wie mit den Flüchtlingen umzugehen sei. Die Hauptleidtragenden in der Flüchtlingsaufnahme waren neben der Türkei, der Libanon und Jordanien. Die weiter nach Europa ziehenden Flüchtlinge waren nur ein Bruchteil derjenigen, die insbesondere diese drei Länder aufgenommen haben. Europa war unfähig sich auf ein Verteilungssystem zu verständigen. Wie meist überwogen nationale Interessen das Gemeinschaftsinteresse. Solange ein Nationalstaat wie z. B. jetzt wieder Ungarn mit einem Veto ein allgemeines Waffenembargo gegen die Türkei blockieren kann, solange bleibt Europa weltpolitikunfähig. Aber auch Deutschland konnte sich nicht durchringen, nicht nur keine neuen Verträge abzuschließen sondern auch abgeschlossene Verträge zumindest auszusetzen. So treibt die Türkei wesentlich mit deutschen Panzern die Invasion voran.

Was jetzt nur helfen könnte, wäre ein gemeinsamer Druck der USA und der EU. Dem könnte die Türkei kaum standhalten. Allerdings müsste dieser Druck substanziell, nicht nur wortreich und symbolisch sein.

Die Situation der Kurden

Mittelfristig kann die Welt einem Volk von ca. 35 Millionen Menschen, das zusammenleben will, nicht vorenthalten, sich selbst zu regieren. Dies bedeutet für die Türkei, wenn sie in Frieden mit ihrer kurdischen Bevölkerung leben will, den Staat zu föderalisieren; also weitestgehende Autonomie für die Kurden.

Noch besser wäre es, den Kurden aus Teilen der Türkei, des Irak, des Iran und Syriens einen selbstständigen Staat Kurdistan zu ermöglichen. Ich weiß, dass die Nationalstaaten aus ihrem Selbstverständnis dies nicht zulassen können. Einer solchen Vision des Rechts steht die Realität der Macht im Wege.

[PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER](#)

Aachen, im Oktober 2019